

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

10.2.1931 (No. 34)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 933
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
C. v. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Zahlung der Anzeigen im Voraus zu leisten, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Lebensmitteleinfuhr: 3 Milliarden Reichsmark

Das deutsche Volk hat im Jahre 1930 erheblich weniger für den Einkauf ausländischer Lebens- und Genussmittel ausgegeben als 1929: 3 Milliarden Reichsmark, gegenüber 3,8 Milliarden. Zieht man davon ab, was Deutschland seinerseits an Waren dieser Art ans Ausland geliefert hat, so ergeben sich reine Einfuhrüberschüsse in Höhe von 2,5 bzw. 3,1 Milliarden Reichsmark. Diese großen Beträge, umgelegt auf die gesamte Einwohnerzahl Deutschlands, bedeuten: jeder Deutsche kaufte 1930 für 39 Reichsmark, 1929 hingegen für 49 Reichsmark ausländische Lebens- und Genussmittel. Nun bietet allerdings der Vergleich dieser beiden Ziffern noch kein eindeutiges Bild. Der Rückgang der Einfuhrwerte ist nämlich zu einem wesentlichen Teil eine Folge der Preisfällung auf den internationalen Märkten. Schaltet man, rein rechnerisch, diese Verbildigungen aus; dann ergibt sich nur ein Rückgang des Lebensmittelpimports gegenüber dem Jahre 1929 in Höhe von 8,6 Prozent. In dieser Abnahme wirkt sich neben agrarpolitischen Maßnahmen auch die gesunkene Massenkaufkraft im Inlande aus.

2 1/2 Milliarden Reichsmark Einfuhrüberschuss im Außenhandel mit Lebensmitteln — das ist für das verarmte, reparationsbelastete Deutschland eine gewaltige Summe. Zwar sind Zufuhren an Nahrungsmitteln heute noch im Interesse der ausbleibenden Versorgung des Volkes unvermeidlich. Umfang und Zusammenfassung dieses Einfuhrüberschusses geben jedoch, in Anbetracht der schwierigen Lage unserer, von der Krise hart betroffenen Volkswirtschaft, zu denken. Besonders ins Gewicht fallen in diesem Milliardenposten die hochwertigen Erzeugnisse des Getreidebaus und der Viehwirtschaft, von Produktionszweigen also, deren weitere Entfaltung in Deutschland besonders notwendig ist und deren Förderung seit langem eine der dringendsten Aufgaben sowohl der Agrarpolitik wie der landwirtschaftlichen Selbsthilfe bildet. Eine Übersicht über einige wichtige Einfuhrposten mag das veranschaulichen:

Einfuhrüberschüsse (Einfuhr abzüglich Ausfuhr)	in Millionen Reichsmark	
	1929	1930
Gemüse und Obst	342	305
Süßfrüchte	243	254
Fleisch, Speck, Würste	150	111
Milch, Butter, Käse	570	485
Eier	280	228.

Diese Warengruppen umfassen 1929 sowohl wie 1930 die Hälfte der Gesamteinfuhr an Lebens- und Genussmitteln. Abgesehen von den Süßfrüchten, handelt es sich hier im wesentlichen um Produkte, die zum gleichen Preise und in gleicher Güte, auch im Inlande in ausreichender Menge erzeugt werden könnten, wenn die deutsche Landwirtschaft, unterstützt durch agrarfördernde Maßnahmen des Staates, die Vorbedingungen dazu schaffen würde. Hinter diesen nüchternen Einfuhrziffern verbirgt sich also ein Problem von größter Tragweite.

Es gilt, die Arbeiten landwirtschaftlicher „Standardisierung“ in beschleunigtem Tempo weiterzuführen. Es gilt, durch Hebung der Qualität und durch Erzeugung von Markenartikeln (Markenbutter, Markenkäse, deutsches Frischfleisch usw.) den Inlandsmarkt für die Produkte heimischer Landwirtschaft wiederzuerobern. Zum Gelingen dieses Werks wird auch die deutsche Verbraucherschaft beizutragen haben. Ihre Aufgabe wird es sein, den heimischen Markenprodukten mehr Beachtung zu schenken als bisher, und sich bei der Wahl zwischen fremden und deutschen Erzeugnissen für das heimische Produkt zu entscheiden, wenn gleiche Bedingungen in bezug auf Güte und Preis vorliegen.

Zur Lage in der Baumwollindustrie. In der Mitgliederversammlung der Industrie- und Handelskammer in Stuttgart erklärte der Vorsitzende, Kommerzienrat Eugen Anhegger (Stuttgart), es sei zu hoffen, daß man vielleicht doch in Wälde eine kleine Besserung in unserer Baumwollindustrie erwarten dürfte, insofern nicht die politische Lage hindernd einwirke. Durch die fast überall durchgeführte Betriebsreduktion seien die Lager in der Spinnerei und Weberei stark geschmolzen. Die Verjüngung der Abnehmer allgemein sei äußerst knapp und die Baumwoll- und daher auch die Fabrikpreise seien denkbar niedrig und gäben zu Käufen Anreiz.

Die Untersuchung gegen die spanischen Reuterer. Die Voruntersuchung gegen die 77 Offiziere und Unteroffiziere, die in den Aufständischen von Jaca verhaftet waren, ist, wie aus Saragossa gemeldet wird, abgeschlossen. Man nimmt an, daß vier oder fünf Angeklagte zum Tode verurteilt werden. Der Führer der katalonischen Autonomisten, Oberst Macia, soll begnadigt worden sein.

Letzte Nachrichten

Heute Rede des Außenministers Morgen außenpolitische Aussprache

DDZ, Berlin, 10. Febr. (Tel.). Nachdem die gestrige Montagssitzung des Reichstages bis in die Morgenstunden des heutigen Dienstag gedauert hatte, fielen heute vormittag alle Ausschüsse aus. Die Plenarsitzung beginnt um 3 Uhr. Es spricht sofort Reichsaußenminister Dr. Curtius.

Den Hauptinhalt der Rede wird die Darstellung der Vorgänge anlässlich der letzten Tagung des Völkerbundes bilden. Der Minister wird dabei auch Gelegenheit nehmen, auf die Rede des polnischen Außenministers Jaleski zu antworten, mit der dieser im Sejm zu dem Genfer Ergebnis Stellung genommen hat. Darüber hinaus wird der Außenminister auf alle schwebenden Fragen der Außenpolitik eingehen. Den äußeren Rahmen der Ministerrede bildet der Gehalt des Auswärtigen Amtes. Verbunden mit der Beratung sind ein deutschpolnischer Mißtrauensantrag gegen den Außenminister und zahlreiche Anträge und Interpellationen außenpolitischer Art verschiedener Parteien. Die heutige Reichstagsitzung soll nach der Rede des Außenministers abgebrochen werden. Sie wird also nur etwa eine Stunde dauern. Für die Aussprache, die dann am Mittwoch beginnt, soll jeder Fraktion eine Stunde Redezeit zugewilligt werden.

Nach der Aufhebung der Immunität Keine Massenverhaftungen

DDZ, Berlin, 10. Febr. (Tel.). Da der Reichstag in seiner Nachsitzung für eine große Zahl von Abgeordneten, namentlich für erhebliche Teile der Fraktionen der Kommunisten und Nationalsozialisten, die Immunität aufgehoben hat, entzieht die Frage, welche Konsequenzen diese Maßnahme für die betroffenen Abgeordneten hat.

Dazu ist festzustellen, daß es sich in allen Fällen lediglich um die Genehmigung zur Fortführung bereits eingeleiteter bzw. neu beantragter Verfahren handelt. Ferner ist die Vorführung des Abgeordneten gestattet worden, die sich den Terminen zu entziehen suchen. In keinem der genehmigten Fälle handelt es sich um die Vollstreckung von Freiheitsstrafen. Für die Vollstreckung ist in jedem Falle ein besonderer Beschluß des Reichstages notwendig. Es ist also jetzt keineswegs mit einer Massenverhaftung von Abgeordneten zu rechnen. Ebenso ist es auch nicht möglich, die auf Grund der freigegebenen Verfahren zu erwartenden Urteile ohne neuen Beschluß des Reichstages zu vollstrecken. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß es sich in allen Fällen um Delikte handelt, die außerhalb des Reichstages begangen sind. Wie schon der Berichterstatter in der Nachsitzung betont hat, kann kein Abgeordneter wegen einer im Reichstag getanen Äußerung irgendwie zur Verantwortung gezogen werden.

Der deutsch-französische Handel

Die deutsche Einfuhr nach Frankreich

DDZ, Paris, 10. Febr. (Tel.). Die Einzelstatistik über den französischen Außenhandel weist den Wert der Einfuhr von deutschen Waren nach Frankreich im Jahre 1930 mit 7 906 075 000 Francs gegen 6 612 970 000 Francs im Jahre 1929 auf. Deutschland steht mithin an erster Stelle der Länder, die nach Frankreich Waren einführen, vor Amerika (das im Jahre 1929 an erster Stelle stand), Großbritannien und Indien. Der Wert der nach Deutschland ausgeführten französischen Waren wird für das Jahr 1930 mit 4 152 932 000 Francs gegen 4 743 585 000 Francs im Jahre 1929 angegeben. Hier steht Deutschland an dritter Stelle. An erster Stelle steht Großbritannien, an zweiter Stelle Belgien.

Goover für beschleunigte Deportierung lästiger Ausländer

DDZ, Washington, 10. Febr. (Reuter-Tel.). Präsident Hoover hat den Bundeskongress um die Bewilligung von weiteren 500 000 Dollars für das Einwanderungsbüro ersucht, damit dieses die Deportierung lästiger Ausländer beschleunigen könne.

Die französischen Kredite für Deutschland

Der Versuch der französischen Nationalisten, die Beteiligung französischer Banken an einer internationalen Kreditoperation zugunsten des Deutschen Reiches durch ein gegen die eigene Regierung gerichtetes Manöver zu verhindern, ist gescheitert. Der Ministerrat hat sich einmütig hinter den Finanzminister Flandin gestellt. Der gesamte Betrag, den Deutschland erhält, beläuft sich auf kaum 800 Millionen Franken, von denen Frankreich ein Drittel, das sind wenig mehr als 250 Millionen Franken, zur Verfügung stellt. Für die französischen Banken, die in eigenen Lande ihr Geld kaum höher als zu 2 Prozent placieren können, ist diese Operation zweifellos ein gutes Geschäft.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem König von England anlässlich der Erdbebenkatastrophe auf Neuseeland seine und des deutschen Volkes warme Anteilnahme übermittelt. König Georg hat dem Reichspräsidenten darauf telegraphisch geantwortet.

Die Getreide- und Brotpreise

Was die Landwirtschaft dazu sagt

Zu der Erklärung des Badischen Bäderinnungsverbandes, daß die Entwicklung der Mehlpreise schließlich eine Preissteigerung bringen müsse, und daß das Bädergewerbe nicht in der Lage sei, die Folgen der brotverteuernden Zollpolitik und Agrarmaßnahmen auf sich zu nehmen, schreibt die Badische Landwirtschaftskammer u. a.:

Von einem Teil der Presse wird diese Veröffentlichung als Anlaß dazu benutzt, um gegen die Zollpolitik der Reichsregierung zu polemisieren. Mit großem Bedauern mußte die Landwirtschaft die Feststellung machen, daß das Preisniveau für Agrarerzeugnisse in den letzten Jahren ständig gesunken ist. Die Mehlpreise der Preise für Agrarstoffe ist von 137,8 im Jahre 1927 auf 112,6 im Jahre 1930 zurückgegangen, während beispielsweise in derselben Zeit die Mehlpreise der Preise für industrielle Fertigwaren von 147,3 auf 150,1 gestiegen ist. Schon lange vor Beginn der „Preisabbaupolitik“, ja schon in einer Zeit, in der die Preise für die meisten anderen Produkte noch ständig im Steigen begriffen waren, sind die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse unter dem Druck der Verhältnisse „abgebaut“ worden. Allein im letzten Jahre betrug der Preisrückgang für Agrarstoffe gegenüber 1929 rund 13 Prozent. Außerordentlich ungünstig waren in den vergangenen Monaten die Preisentwicklung für Roggen, Kartoffeln und Schlachtvieh. Der Preis für Roggen betrug an der Berliner Börse im Durchschnitt des Monats Dezember 1930 155,20 Reichsmark je Tonne gegenüber einem Dezemberdurchschnitt von 207,20 Reichsmark je Tonne der Jahre 1925 bis 1927. Für Kartoffeln betragen die entsprechenden Durchschnittszahlen 130 Reichsmark bzw. 319 Reichsmark; für Schweine (100—120 Kilogramm) wurde im Dezember letzten Jahres ein Durchschnittspreis von 59,80 je 50 Kilogramm ermittelt. Im letzten Monat haben sich die Verhältnisse keineswegs gebessert. Wenn man berücksichtigt, daß der Verkaufswert dieser drei Erzeugnisse für die Landwirtschaft mit etwa 5 Milliarden angenommen werden kann, so läßt sich unschwer erkennen, welcher Verlust der Landwirtschaft durch diese Preisbewegung entstanden ist. Auch bei den meisten übrigen landwirtschaftlichen Produkten liegen die Verhältnisse keineswegs günstiger. Man hat hier immer nur das Beispiel vom Weizen im Auge. Während nämlich durch die Bemühungen der Reichsregierung, durch zoll- und handelspolitische Maßnahmen, die Märkte für Agrarerzeugnisse zu befestigen, bis jetzt allenfalls verbütet werden konnte, daß die Preise völlig zusammengebrochen sind, konnte beim Weizen zwar eine Befestigung der Preise erzielt werden; von einer zu starken Preissteigerung kann aber doch gar keine Rede sein. Der Weizenpreis betrug im Durchschnitt des Dezembers 1930 an der Berliner Börse 247,6 Reichsmark je Tonne, der Dezemberdurchschnitt der Jahre 1925/27 hingegen betrug 251,30 Reichsmark je Tonne.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß der Weizenrichtpreis von 260 Reichsmark je Tonne auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden könne, wenn in der ganzen Welt der Weizen weniger als die Hälfte koste. Bekanntlich wurde dieser Weizenrichtpreis von 260 Reichsmark je Tonne unter der Regierung Müller festgesetzt. Dadurch wollte man der Landwirtschaft einen einigermaßen auskömmlichen Preis sichern. (Die deutsche Landwirtschaft errechnet sich einen Sollpreis von 290—310 Reichsmark pro Tonne.) Nun ist aber dieser Richtpreis im Durchschnitt des letzten Jahres kaum erreicht worden. Der Hinweis auf das Ausland ist ganz abwegig. Es dürfte doch allgemein bekannt sein, daß die Getreideüberschussländer, insbesondere in Übersee, unter ganz anderen Voraussetzungen arbeiten als wir. Außerdem ist man auch überall im Ausland fieberhaft an der Arbeit, um eine Besserung der heruntergefallenen Getreidemärkte zu erzielen. Wenn dies infolge der maßlosen Produktionssteigerung in den großen Getreideüberschussgebieten nicht gelungen ist und wohl auch in absehbarer Zeit kaum gelingen wird, so geht es doch nicht an, die deutschen Landwirte für diese Überproduktion mitverantwortlich zu machen und sie dafür büßen zu lassen.

Im übrigen ist es falsch und irreführend, wenn bei Brotpreissteigerungen nur von Weizen- bzw. Weizenmehlpreisen die Rede ist; denn für die Gestaltung der Brotpreise sind nicht nur die Preise für Weizen, sondern auch diejenigen für Roggen von maßgeblicher Bedeutung. Es läßt sich statistisch nicht genau ermitteln, in welchem Maße die beiden Getreidearten an der Herstellung von Schwarzbrot (um dieses handelt es sich ja hier in erster Linie) beteiligt sind. Sicherlich wird aber mehr als zur Hälfte Roggen verwendet. Auf die stark rückläufige Bewegung der Roggenpreise wurde oben bereits hingewiesen; es wurde ferner gezeigt, daß auch beim Weizen gegenüber den Jahren 1925/27 eine Preissteigerung nicht eingetreten ist.

Interessant ist dagegen, zu sehen, wie sich die Brotpreise im Verhältnis zu den Getreide- bzw. Mehlpreisen entwickelt haben. Der Preis für Schwarzbrot betrug beispielsweise in Karlsruhe im Durchschnitt des Jahres 1926: 39,8 Reichspfennig je Kilogramm (bei kleinen Laiben) bzw. 38,4 Reichspfennig je Kilogramm (bei großen Laiben); im Jahre 1930 dagegen 43,2 Reichspfennig (bei kleinen Laiben) und 40,5 Reichspfennig je Kilo (bei großen Laiben). Demgegenüber betrug der Preis für Roggen im Durchschnitt des Jahres 1926 rund 26 Reichsmark je 100 Kilogramm, im Jahre 1930 rund 18 Reichsmark je 100 Kilogramm, der Preis für Weizen im Jahre 1926 rund 29 Reichsmark und 1930 27,9 Reichsmark. (Für Roggenmehl wurde übrigens 1926 ein Durchschnittspreis von 31,4 Reichsmark je Doppelzentner und 1930 ein solcher von 27,7 Reichsmark ermittelt, während der Durchschnittspreis für Weizenmehl 1926: 41,9 Reichsmark, 1930: 41,8 Reichsmark betrug.)

Das Preisverhältnis zwischen Brot und Brotgetreide hat sich also wesentlich zu ungunsten des letzteren verschoben; die sogenannte Preisföhre hat sich stärker geöffnet. Es liegt der Landwirtschaft fern, damit zu sagen, daß diese größere Spanne zwischen Brotpreis und Brotgetreidepreis dem Bäckergerwerb in Form von Gewinnen zugeflossen sei. Durch die Gegenüberstellung soll lediglich die Tatsache festgehalten werden, daß die Preise für Brotgetreide zurückgegangen sind, während die Brotpreise in derselben Zeitspanne eine Steigerung erfahren haben. Die Gestaltung der Brotgetreidepreise kann also keineswegs zur Begründung der Erhöhung der Brotpreise herangezogen werden. Unter diesen Umständen muß sich die Landwirtschaft ganz entschieden dagegen verwahren, daß man auch bei dieser Gelegenheit Angriffe auf ihre Erzeugerpreise unternimmt.

Kurze Nachrichten

Dr. Kütz Oberbürgermeister von Dresden. In der Dresdener Stadtwahl am Montag wurde die Wahl des neuen Oberbürgermeisters vorgenommen. Für Reichsminister a. D. Dr. Kütz (Demokrat) wurden 36 Stimmen abgegeben. Der Kandidat der Rechten, Syndikus Dr. Rost, erhielt 28 Stimmen, und Stadtrat a. D. Holt, Berlin (KPD), 6 Stimmen. Vier Stadtwahlberechtigte enthielten sich der Stimme. Dr. Kütz ist damit zum Dresdener Oberbürgermeister gewählt.

Für Verwendung heimischer Baustoffe. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, wonach die Reichsregierung dafür Sorge zu tragen hat, daß bei sämtlichen Reichs-, Staats- und Kommunalbauten und bei Straßeninstandsetzungen nur heimische Baustoffe Verwendung finden dürfen.

Die Stilllegung der Hütte Ruhrt-Weidrich ist zum 28. Februar beantragt. Der Arbeiterrat hat sich, dem Beschlusse des Angestelltenrates folgend, für eine Urabstimmung der Belegschaft über den Vorschlag der Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke auf eine 20prozentige Lohnsenkung ausgesprochen. Die Abstimmung soll am Mittwoch erfolgen. — Der Verband der hannoverschen Metallindustriellen hat die Stilllegung des Feiner Walzwerkes und der Zisterne Hütte beantragt.

Im Tarifstreit im Holzgewerbe hat das Reichsarbeitsministerium, nachdem in der vorigen Woche ergebnislose Verhandlungen stattgefunden hatten, die Parteien erneut zu Verhandlungen auf Donnerstag in das Reichsarbeitsministerium geladen. Es wird damit gerechnet, daß nunmehr ein endgültiger Abschluß dieses seit bereits über Monate erstredenden Tarifstreites zu erwarten ist.

Der Gesamtbestand an Motorfahrzeugen in der Schweiz übersteigt gegenwärtig 125 000. Der Zuwachs beträgt rund 8 Proz.

Deutscher Buchverlag in der Wolgadeutschen Republik. In der Hauptstadt der Republik der Wolgadeutschen, Bokrowsk, wird — wie eine Sowjetnachricht besagt — ein staatlicher deutscher Buchverlag eröffnet, der die Republik der Wolgadeutschen und auch andere Gegenden mit deutscher Bevölkerung mit Büchern beliefern soll. Auf Beschluß des Volkskommissariats Innerrusslands soll der Buchverlag finanziell unterstützt werden.

Ermordung eines Führers der mazedonischen Freiheitsbewegung. Gjurkoff, ein führendes Mitglied der mazedonischen Freiheitsbewegung, ist am Sonntag in Sofia einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Zwei Männer gaben mehr als 20 Revolverkugeln auf Gjurkoff ab, der auf der Stelle getötet wurde. Die Täter stellten sich sodann der Polizei.

Die Parlamentswahlen in Spanien sind für die Abgeordnetenkammer und den Senat auf den 1. März festgesetzt.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird auf 15. März seine Fahrten wieder aufnehmen. Es werden sämtliche Motoren mit Rotorpropeller ausgetauscht. Die neuen Propeller haben einen größeren Durchmesser als die bisher verwendeten Zweiflügel und außerdem bei geringerer Tourenzahl einen größeren Wirkungsgrad. Praktisch bedeutet die Neuerung eine weitere Steigerung der Flugsicherheit.

Heute nacht entgleiste von dem Schlafentwagengzug D 4, Frankfurt a. M.—Basel, bei der Durchfahrt des Bahnhofes Grenzheim der Radwagen und der nachfolgende Schlafwagen. Personen wurden nicht verletzt. D 4 erlitt eine Verspätung von 150 Minuten. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht geklärt.

Tod der Tochter Meyerbeers. In Salzburg starb im Alter von 92 Jahren die Baronin Cäcilie v. Andrian, Tochter des Komponisten Meyerbeer.

Badisches Landestheater

Die Hugenotten

Bei jeder Meyerbeer-Oper kann man den mathematisch sicheren Schluß eines großen Publikumserfolges ziehen. Der Stern Giacomo ist also wirklich nicht im Sinken begriffen, trotz der Fackelkritik, die ihm schon oft eine Grabrede hielt, und einstens ihn so hartnäckig und mit so häßlichen Waffen bekämpfte. Es scheint im Gegenteil heute beinahe so etwas wie eine Meyerbeer-Renaissance herausgekommen, und es gibt kaum eine Bühne, die nicht jährlich wieder in ihrem Spielplan diesen Hauptrepräsentanten der „großen Oper“ berücksichtigt. Sie kann es überdies um so leichter, weil wer noch immer Meyerbeer schmäht und verabscheut, eigentlich gerechter- und konsequenterweise auch keinen Richard Strauß lieben und aufzuführen dürfte, der von der ganzen Generation der nachfolgenden Opernkomponisten im Überwiegenden der Verdienstarbeit gegenüber der Inspiration, im Kult des äußeren Effektes auf Kosten wahrer innerer Entwicklung jenem jüdischen Bankierssohn doch recht verdammt wurde.

Am meisten sind natürlich die Massen in Musik und Handlung der „Africainerin“ verblübt, obwohl beides daran inzwischen künstlerisch sehr fragwürdig geworden ist. Dann ist aber auch das im „Propheet“ zweifellos geschickt aus historischer Willkürmalerei, aus derber Realistik und einem Schuß Sentimentalität zusammengedrehte Theatergemisch ein höchstes „dramatisches Heilmittel“ für viele. Und schließlich feiert die Typen- und Maskentumpe seiner Schlagoper stets noch einen lebten Triumph in den „Hugenotten“, obwohl kein Geringerer als Schumann unbarmherzig den leeren Bombast, das didaktisch Aufgetragene, das grauenhaft Wibernatürliche längst schon aufgedeckt zu haben glaubte. Sicherlich ist jedoch manches dieser in seinem berühmten „Theaterbüchlein“ niedergelegten Anschauungen ebenso übertrieben und falsch, wie der fanatische Haß Bagners, der mit seiner schroffen Ablehnung Meyerbeers ja nur gegen eine Gefahr seiner eigenen Natur ankämpfte, aber durchaus erklärbar aus der mimosenhaft zarten Natur des Schreibers. Denn sonst hätte auch der deutsche Romantiker eigentlich anerkennen müssen, daß Meyerbeer ebenfalls stark romantisch angehaucht war, und zumindest in dem großen Duett des vierten Aktes, womit man heute eine Aufführung des Werkes zu beschließen pflegt, etwas musikalisch Außerge-

Die Geschäftsordnung des Reichstags

Die Änderungen angenommen

Die Beratung des Antrags auf Änderung der Geschäftsordnung in der Reichstagsitzung am Montag nahm den Verlauf, der von dort herein zu erwarten war. Es war ein Kampf, in dem die Opposition alle Obstruktionsmöglichkeiten gegen die Mehrheit anwandte. Das Ergebnis war jedoch nach einer Sitzungsdauer von fast zwölf Stunden in den späten Nachmittagsstunden die Annahme der von der Opposition so heftig bekämpften Anträge sowohl auf Änderung der Geschäftsordnung wie auf Bewilligung der gegen die Abgeordneten eingereichten Strafverfolgungsanträge. Annahme fand auch die **Abänderung des Pressegesetzes** gegen Mißbrauch der Immunität, die jedoch noch einer 3. Lesung in einer späteren Sitzung bedarf.

Schon beim Beginn der Sitzung wurde von den Kommunisten die Absetzung des Antrages von der Tagesordnung, von den Nationalsozialisten Vertagung der Sitzung beantragt und gleichzeitig die Beschlußfähigkeit angezweifelt. Bei der Auszählung verließen die Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen den Saal, um so künstlich die Beschlußfähigkeit herbeizuführen. Sie erreichten in diesem Falle ihr Ziel, weil viele Abgeordnete aus dem Lager der Regierungsparteien nicht rechtzeitig zur Sitzung erschienen waren. Es war freilich nur ein Erfolg der Opposition auf Zeit, der Präsident beräumte eine neue Sitzung mit der gleichen Tagesordnung eine Stunde später an und bis dahin waren die Stimmigen herangeholt worden, so daß bei der Wiederholung der Auszählung mit der Anwesenheit von 291 Abgeordneten die Beschlußfähigkeit gegeben war.

Nun gab es eine lange Geschäftsordnungsdebatte über die Redegrenze, in der die Opposition über jeden ihrer Vorschläge namentliche Abstimmung beantragte, um so die sachliche Beratung des von ihr bekämpften Antrages hinauszuzögern. Schließlich erließ die Präsidentin Löbe den Streit durch einen Vergleich dahin, daß zunächst die bisherige Übung bei der Anwendung der Geschäftsordnungsbestimmungen beibehalten wurde.

Als der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell endlich dazu kam, den von allen Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten unterstützten Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung zu begründen, verfiel ihm vor allem die Kommunisten die Rede durch Zurufe, Stimmen und allerlei unartikulierte Laute zu überhören. Der Präsident schloß nach vielen vergeblichen Mahnungen den Kommunisten Mißfall auf drei Sitzungstage und den Kommunisten Kreuthurg auf acht Sitzungstage aus.

Der Antrag Bell auf Änderung der Geschäftsordnung wurde schließlich mit 303 Stimmen der anwesenden Abgeordneten einstimmig angenommen. Vorher war in namentlicher Abstimmung mit 300 gegen 160 Stimmen ein Antrag Effer angenommen worden, der alle Änderungsanträge der Opposition durch Übergang zur Tagesordnung erledigte. Daraufhin hatten nach Protesterklärungen die Nationalsozialisten mit dem Gesang des Weisel-Liedes den Saal verlassen. Die Kommunisten antworteten mit einem Sprechchor „Güter, verrede, Prolet erwache!“, und dann marschierten auch sie demonstrativ aus dem Saal, so daß, da die Deutschnationalen den Nationalsozialisten gefolgt waren, nur noch Anhänger der Geschäftsordnungsänderung an der Schlusssitzung teilnahmen.

Die Aussprache über den vom Abg. von Karboff begründeten Entwurf zur Änderung des Pressegesetzes, mit dem der Zustand beseitigt werden soll, daß immunde Abgeordnete als verantwortliche Redakteure von Zeitungen wirken, wurde verbunden mit der Beratung des Antrags Rauch (Bayer. Vp.), der die **Bewilligung aller vorliegenden Anträge auf Strafverfolgung von Abgeordneten** verlangt. Diese Anträge richteten sich in der Hauptsache gegen Nationalsozialisten und Kommunisten. Es ist eine recht stattliche Zahl. Bei der Aussprache ging es sehr stürmisch zu, so daß mehrere nationalsozialistische Abgeordnete aus dem Saal gewiesen wurden. Die Redner der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen bezeichneten die Anträge als eine Vergeßlichkeit der Minderheit, während die Redner der übrigen Parteien betonten, es müsse endlich dem Mißbrauch der Immunität gesteuert werden.

Nach 2 Uhr morgens wurde der Antrag Rauch (Bayer. Vp.) mit 292 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Der Änderungsentwurf zum Pressegesetz wurde gleichfalls in erster und zweiter Beratung angenommen. Die dritte und letzte Beratung fand aus Geschäftsordnungsmäßigen Gründen erst in einer späteren Sitzung stattfinden. Dem Reichstagspersonal soll als Entschädigung für die anstrengende Dauersitzung eine Sonderzulage von 15 M bewilligt werden.

wöhnliches geleistet hat. Ansonsten bleibt freilich vielerlei in eine Dampfhohe faulsten Theaterzaubers gehüllt, woran allerdings nicht zu geringem Teil das Textbuch Scribes die Schuld trägt, das bekanntlich unter der naive, ganz unmöglichen Voraussetzung sich aufbaut, durch eine zwar von einer königlichen Frau betriebenen Heirat die blutigen Geschehnisse der Bartholomäusnacht eventuell verhindern zu können. An der Aufgabe, solch magere psychologischen Einsinn wenigstens für die Ohren durch drei, vier oder gar fünf Akte spannend zu strecken, wäre wahrscheinlich jeder andere geschickter, nur eben ein Meyerbeer nicht. Man darf hier überhaupt kaum von seiner sonst wohl sprichwörtlich gewordenen Kleinstmögliche Erfindungsgabe noch reden, es ist vielmehr gerade die altfahige Materie und also seine Arbeit, die entscheidend erst die Handlung tragfähig macht und selbst deren Banalitäten einigermaßen reizvoll ausdehnt.

Es ist für die Neuestudierung am Badischen Landestheater ein treffliches Zeugnis, daß sie zu solchem Eingeständnis willkommener Anläß bietet, und es bleibt für Rudolf Schwarz insbesondere, dem die musikalische Leitung des Abends anvertraut war, ein großes Verdienst, durch seine weitansholende, umsichtige und tüchtige Art des Dirigierens mit allerlei Vorurteilen aufgeräumt zu haben. Das zeigte sich nicht bloß bei einigen aufgemachten Strichen, die nun hoffentlich endgültig beseitigt sind, es erwies sich auch vor allem in der erhellten Orchesterqualität, die mitunter geradezu an Verlorenheit Klangfülle erinnerte, und Meyerbeer als einen nicht minder wichtigen Instrumentationskünstler charakterisierte. Ähnliches wie bei der Behandlung des Orchesters — wir denken vorab an die Solobassgeige, an die Soloflöte und an die durchweg hell aufgelierten Bläserkombinationen — ist dem vokalsten Teil nachzusehen; auch hier gab es einige überraschende Momente, die man früher kaum beachtet hätte. Gleich Mary Effelsgraths Margarete von Balois, obwohl schon immer auf respektable Höhe stehend, hatte an ständiger Ausstrahlung Bedeutendes dazugewonnen, und bei Hans Nitsch, der den Grafen von Nevers erstmals sang, war es nicht allein die deutliche Aussprache, die während den Wandlungen des Geschehens absolut festsetzte. Fernerhin ein Meisterstück, wie Frine Reich-Drich die Partie der Valentine in ein Meer von Wohlklang bettete! Fast vergaß man, daß sie vorläufig die Figur noch nicht durch eine ebenso eindringliche geistige Kraft zu adeln weiß. In Christian Wahle (vom Braunschweiger Landestheater) lernte man am Säng-

Heute, Dienstag, nachmittags 3 Uhr soll nun die große **außenpolitische Aussprache** beginnen und dabei wird für den Außenminister Dr. Curtius vom ersten Male die Neuregelung der Vertrauensfrage zur Anwendung kommen. Er kann also nur durch die Annahme des bereits eingegangenen Vertrauensantrages gestützt werden. Eine solche Annahme ist bei dem jetzigen Mehrheitsverhältnis ausgeschlossen.

Stand der Erhebung der Besitz- und Verkehrssteuern

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Aufstellung über den Stand der Erhebung und Beitreibung der Besitz- und Verkehrssteuern, sowie eine Übersicht über den Stand der Erhebung der Zölle und Verbrauchsabgaben zugehen lassen. Danach betrug das Aufkommen an Steuern am 1. Oktober 1930 einschließlich der Aufbringungsleistungen von 124 780 000 Reichsmark, 2 173 584 000 Reichsmark. Die Rückstände betragen am 1. Oktober 1930 rund 597 Millionen Reichsmark, sie haben sich also innerhalb des letzten halben Jahres ohne die Rückstände an Aufbringungsleistungen, die rund 23 Millionen betragen, um rund 42 Millionen Reichsmark erhöht, während sich das Aufkommen ohne die Aufbringungsleistungen gegenüber dem Stande vom 1. April 1930 um rund 159 Millionen vermindert hat. Das Sinken des Aufkommens und das Anwachsen der Rückstände, unter denen — ohne Einrechnung der Aufbringungsleistungen — insbesondere die überaus starke Steigerung der gestundeten Beträge um rund 28 Millionen gegenüber dem Stande vom 1. April 1930 und um rund 31 Millionen gegenüber dem Stande vom 1. Oktober 1929 in die Augen fällt, ist auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückzuführen. Das Anwachsen der gestundeten Beträge ist ein Zeichen dafür, daß die Finanzämter den wirtschaftlichen Verhältnissen der Steuerpflichtigen entsprechend Rechnung tragen mußten.

Bei der Einkommensteuer sind die Rückstände gegenüber dem 1. Oktober 1929 nicht gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem 1. April tritt jedes Jahr ein, weil die Abschlußzahlungen zu einem Teil erst kurz vor dem 1. Oktober fällig werden. Bei der Körperschaftsteuer betragen die Rückstände gegenüber dem 1. April 1930 rund 12,1 Millionen Reichsmark. Diese erhebliche Steigerung der Rückstände hat ihre Ursache in der fallenden Konjunktur und der damit verbundenen verminderten Liquidität der Erwerbseigentümer. Bei der Umsatzsteuer sind Rückstände gegenüber dem 1. April 1930 um rund 7 Millionen Reichsmark gestiegen, bei der Vermögensteuer sind sie um rund 7,6 Millionen niedriger als am 1. April 1930. Bei der Erbschaftsteuer beträgt die Zunahme der neuen Stundungsfälle rund 800. Es ist aber eine im Vergleich zu den vorangegangenen Halbjahren sehr erhebliche Steigerung der Summe der gestundeten Beträge eingetreten, was ebenfalls auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Bei der Gesellschaftsteuer betragen die Rückstände am 1. Oktober 1930 rund 25,5 Millionen Reichsmark. Wie hier, so war auch bei der Besonderesteuer, bei der die Rückstände gleichfalls angewachsen sind, aus wirtschaftlichen Gründen eine Stundung notwendig.

Das Aufkommen an Zöllen und Verbrauchsabgaben betrug am 1. Oktober 1930 1 492,5 Millionen Reichsmark. Es ist gegenüber dem Stande am 1. April 1930 um 35,7 Millionen gestiegen, gegenüber dem Stande am 1. Oktober 1929 um 48,7 Millionen. Die Rückstände betragen hier am 1. Oktober 1930 rund 86,9 Millionen Reichsmark. Sie betragen bei der Tabaksteuer allein 49,5 Millionen und entfallen hier in der Hauptsache einer weit zurückliegenden Zeit (1924—1926). Zu einem erheblichen Teil gehen sie auf die rückständigen Steuer-schulden einer in Liquidation befindlichen großen süddeutschen Zigarettenfabrik (Waldschmidt, Baden-Baden) zurück.

Zum Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe betrug das Aufkommen an Einkommensteuer im Berichtsjahr (ohne Steuerabzug vom Arbeitslohn und vom Kapitalertrag April bis September 1930) 19 811 000 Reichsmark, die Zahl der Rückstände 41 485 mit 8 566 000 Reichsmark. Hier von sind gestundet 4 094 000 Reichsmark, aus Willkürgründen erlassen 177 000 Reichsmark, niedergeschlagen 128 000 Reichsmark. Bei der Körperschaftsteuer betrug das Aufkommen 9 043 000 Reichsmark, die Zahl der Rückstände 654 mit 7 467 000 Reichsmark, von denen 6 910 000 Reichsmark gestundet, 19 000 erlassen sind. Bei der allgemeinen Umsatzsteuer, ohne Hersteller- und Kleinhandelssteuer, war das Aufkommen 16 540 000 Reichsmark, die Rückstände 28 954 mit 2 776 000 Reichsmark, wovon 585 000 gestundet, 28 000 erlassen und 149 000 niedergeschlagen sind. Bei der Vermögensteuer war das Aufkommen 7 649 000 Reichsmark, die Zahl der Rückstände

himmel einen tenoralen Stern mittlerer Größe kennen, der als Raoul gelegentlich durch recht ausdrucksvollen Gesang besticht, aber auch durch seine schlichte und treu besorgte schauspielerische Verkörperung angenehm auffiel. Gutes Format wie stets hielt Adolf Schöpflin als düsterer Marcel auf dunkelsten Bühnen, denen schalkhaft in schwingende Regionen die süße Wagnerische Gfse Blants entgegenstand. Außerdem nennen wir, weil mit lebenswermem Eifer um ein Gesamtgelingen bemüht, u. a. noch Franz Schuster (St. Bris), Robert Kiefer und Karlheinz Käfer; auch dem Chor gebührt ein Wort der Anerkennung inmitten der von Viktor Krüsa kompetent durchgeführten Regie. Von einer dekorativen Neuausstattung war begrifflicherweise Abstand genommen worden; trotzdem hätte es nichts geschadet, gemäß den anderen geschiedenen Vorzügen der Aufführung, wenigstens ein paar üble Fleder durch ein bißchen Neuanstrich zu beseitigen. Der Wirkungssicherheit tat das indessen keinen Abbruch. S. Sch.

Kunst — nach wie vor!

Vortrag von Prof. Dr. Fritz Wichert

Es ist denkbar, daß der aufrüttelnde Vortrag, den der Direktor der Frankfurter Kunstgewerbeschule am Donnerstagsabend über dies Thema hielt, nicht alle Freunde der badischen Kunstballe restlos befriedigt hat. Aber schon nach der etwas programmatischen Ankündigung war eigentlich kaum zu erwarten, daß Dr. Fritz Wichert sich allzu sehr um Details des jüngsten Kunstgeschichtlers kümmern oder gar mit dessen Kritik abgeben werde, und er ließ auch seine Hörer keinen Augenblick darüber im Zweifel, wie viel mehr es ihm darauf ankam, einmal grundfänglich und durchaus positiv die künstlerische Gesamtlage der Gegenwart zu fixieren. Somit blieb der Gewinn seiner trotz aller gedanklichen Problematik doch sehr klaren Ausführungen zwar nicht Künstler-Kennntnis, wohl aber Kunst-Erkenntnis.

Nach ein paar freundlichen Einleitungsworten, mit denen Prof. Dr. Wichert den Anwesenden und dem Redner zugleich für ihr Erscheinen danken wollte, forderte also Dr. Wichert auf, von der Vermorrenheit des Tages gemäß einer alten Goetheschen Formulierung einmal abzusehen und mit ihm die Wesensänderung und den Gestaltwandel wie auf allen Gebieten des Lebens, so auch insbesondere bezüglich des Kunstschaffens innerhalb des Zeitabschnittes der letzten 30 Jahre

10 807 mit 1 750 000 Reichsmark, wovon 989 000 gestundet, 49 000 erlassen und 4000 niedergeschlagen sind.

Das Aufkommen an Aufbringungsleistungen betrug im Bereich des Landesfinanzamtes Karlsruhe 4 096 000 Reichsmark die Zahl der Rückstände 1190 mit 647 000 Reichsmark, wovon 312 000 gestundet, 19 000 aus Billigkeitsgründen erlassen sind. Bei der Erbschaftsteuer betrug das Aufkommen 1 105 000 Reichsmark, die Zahl der Rückstände 411 mit 1 697 000 Reichsmark. Davon sind gestundet 1 509 000 Reichsmark, erlassen 20 000 Reichsmark. Das Aufkommen aus der Gesellschaftsteuer betrug 546 000 Reichsmark, die Zahl der Rückstände 128 mit 490 000 Reichsmark, wovon 393 000 gestundet sind. Die Obligationsteuer brachte 39 000 Reichsmark, die Rückstände waren 3 mit 15 000 Reichsmark, wovon 7000 gestundet sind. Bei der Wertpapier-, Börsenmakler- und Wechselsteuer betrug das Aufkommen 641 000 Reichsmark, die Zahl der Rückstände 27 mit 60 000 Reichsmark, wovon 45 000 Reichsmark gestundet sind. Das Aufkommen aus der Verfüchungssteuer betrug 316 000 Reichsmark, das aus sonstigen Verfüchungssteuern (Kraftfahrzeuge, Rennwetten und Lotterien sowie Verfüchungssteuer) 6 897 000 Reichsmark, die Zahl der Rückstände 897 mit 173 000 Reichsmark, wovon 80 000 gestundet, 3000 erlassen und 11 000 niedergeschlagen sind.

Im ganzen betrug das Steueraufkommen im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe in der Berichtszeit 66 745 000 Reichsmark, die Zahl der Rückstände 84 056 mit 23 641 000 Reichsmark, wovon 14 874 000 gestundet, 360 000 erlassen und 292 000 niedergeschlagen sind.

Das Aufkommen an Zöllen betrug im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe in den Monaten April bis September 1930 im ganzen 24 811 087 Reichsmark, die Rückstände 33 mit 95 885 Reichsmark, wovon 55 243 gestundet, 48 663 erlassen und 694 Reichsmark niedergeschlagen sind. Die Zollerückstände, einschließlich Materialsteuer und Tabakerzeugnisse, betrug 31 964 849 Reichsmark. Die Rückstände waren 176 mit 11 802 418 Reichsmark, wovon 10 814 200 Reichsmark gestundet, 4894 erlassen und 353 473 niedergeschlagen sind. Die Zollerückstände betrug 1 566 301 Reichsmark, die Biersteuer 10 153 345 Reichsmark mit 28 Rückständen in Höhe von 95 885 Reichsmark, wovon 10 015 Reichsmark gestundet sind. Aus dem Spiritusmonopol kamen 268 636 Reichsmark mit 2 Rückständen von 112 632 Reichsmark, wovon 712 Reichsmark gestundet sind. Die Schanksteuer betrug 161 423 Reichsmark. Die Zahl der Rückstände war hier 12 mit 28 626 Reichsmark. Gestundet sind 19 248 Reichsmark, erlassen 96, niedergeschlagen 3363 Reichsmark. Das Aufkommen aus der Hundsteuer betrug 111 555 Reichsmark, aus dem Hundsteuermonopol 33 578 Reichsmark, aus der Hundsteuer 36 320 Reichsmark, aus der Spielartensteuer 3885 Reichsmark, aus der staatlichen Abgabe 12 553 Reichsmark, aus der Mineralwassersteuer 380 685 Reichsmark, mit 205 Rückständen von 32 208 Reichsmark, wovon 9909 gestundet sind. Die Branntweinsteuer betrug 6230 Reichsmark, die Mineralwassersteuer 13 170 Reichsmark.

Das Gesamtaufkommen an Zöllen und Verbrauchssteuern betrug im Landesfinanzamtsbezirk Karlsruhe in der Berichtszeit 65 523 517 Reichsmark, die Gesamtsumme der Rückstände 456 mit 12 173 625 Reichsmark, wovon 10 909 363 gestundet, 63 705 erlassen und 357 494 niedergeschlagen sind.

Der neue Oberbürgermeister von Billingen. Montag Abend fand in Billingen der zweite Wahlgang zur Wahl des Oberbürgermeisters statt. Mit 48 von 80 abgegebenen Stimmen wurde der bisherige zweite Bürgermeister, Gremmlinger, gewählt. Auf den soeben Landtagsabgeordneten Heid fielen 14 Stimmen, auf den kommunistischen Landtagsabgeordneten Rod 8 Stimmen. 12 Stimmzettel waren leer. Für den neuen Oberbürgermeister stimmten Zentrum, Wirtschaftspartei und Evang. Volksdienst. Durch die Wahl des zweiten Bürgermeisters wird diese Stelle vakant. Es sind entsprechende Änderungen der Gemeindeordnung vorgesehen, wonach eine Neuwahl des zweiten Bürgermeisters nicht stattfinden braucht, und damit Herr Gremmlinger alleiniger Bürgermeister wird. Das neue Stadtoberhaupt ist 1889 in Freiburg i. Br. geboren. 1913 legte er die erste juristische Staatsprüfung ab. Von 1915 bis 1918 stand der Gewerbeamt an der Westfront. 1919 Assessor, war er von 1920 bis 1926 bei verschiedenen Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden tätig, zuletzt als Syndikus der Firma Gebr. Himmelsbach G.m.b.H. in Freiburg i. Br. Am 9. August 1926 wurde er zum zweiten Bürgermeister von Billingen gewählt.

Bürgermeisterwahl. In Zimmern (Bezirk Adelsheim) wurde der bisherige Bürgermeister Johann Philipp einstimmig als Gemeindevorstand wiedergewählt.

von höherer Werte aus zu betrachten. Das führt zunächst ein Wagnis, wenn man an die Vielfalt der Erscheinungen seit dem Ende des Impressionismus dachte, fand aber in dessen doch eine sehr einleuchtende Verantwortung, insofern es dem Vortragenden im Umkreis seiner marant gewählten Beispiele wirklich gelang, einiges Wesentliche über jene formbildenden neuen Kräfte zu sagen, die genau das Gegenteil von einem Zerfall und einer krisenhaften Bedrohlichkeit der Kunst bezeugen, die allerdings parallel dem völlig geänderten physischen Grundgefühl oft auch zu bildlichen Deutungen durchdringen, für deren Adäquatität uns vorläufig das volle Verständnis mangelt.

Dr. Richter gebraucht freilich dies Wort nicht, half sich hierbei übrigens aber nicht minder geschickt und jedenfalls vorstichtiger mit dem Ausdruck „Propädie“, und insofern er die Umformungen der Weltkatastrophe sich auf Porträts von Mann; Cézarne Kolofocha, auch bei Goedler und Nolde ankündigen sah, war seine These kaum zu bestritten. Wir wissen ja alle zur Genüge, wie ungeheuer und allgemein die Erschütterung, wie tragisch gebrochen heute die Menschheit ist. Sollte dafür nicht gerade die Kunst, die doch noch jeder Kultur ihre optische Gestalt gegeben hat, ein getreues Spiegelbild sein? Und sollte in dem Moment, wo das Individuum aufhört, sich nicht auch das Gegenständliche in der Malerei auflösen, sollten nicht auch die Bildbauer und die Landschaftler ebenfalls einem gewissen Fatalismus Ausdruck leihen und gleichwohl in ihren chaotischen Gebilden einer stillen Sehnsucht nachjagen, dem Bedürfnis, aus aller Wirrnis vielleicht doch eine neue Klarheit zu gewinnen?

In diesem Punkt, daß nämlich die Künstler „Zeichner“ und „Zeigler“ einer sinnreicheren Zukunft sind, liegt zweifellos eine Sendung, insbesondere der deutschen Kunst, mag sie auch in den chaotischen Wellenschlag internationaler Weltzivilisation noch so sehr verstrickt scheinen. Ähnliches hatten allerdings schon die Romantiker beobachtet, wenn sie in ihrer Malerei nicht nur sich mit augenfälliger Realität begnügten, sondern sich um kosmische Beziehungen bemühten. Gleichwohl war Dr. Richters Auffassung, bei der wir nur die oberhin mehr für einen Flugblattentwurf geeignete Skizzierung der heutigen „Kunst“ tendenz nicht ganz befürworten konnten, ein sehr geistreich und interessantes Plaidoyer und ein logisch durchgeführter Deutungsversuch des „Neuen“ und rechtfertigte schon um ihrer so gar nicht Kleinmütigen Tonart willen den starken äußeren Beifall, selbst von Seiten derer, die ihr vielleicht volle innere Zustimmung verweigerten. H. Sch.

Badischer Teil

Die Reichshandwerkswoche in Baden

Die Durchführung der Reichshandwerkswoche obliegt in Baden den örtlichen Spitzenorganisationen. In den Land- und Stadtbezirken werden Werbeanstalten errichtet, welchen außer den Führern der Gewerbevereine, Innungen und Fachvereinigungen, Vertreter der Berufsschulen, Genossenschaften, Sparcassen und der Presse angehören sollen; ihnen wird die Festlegung des Programms in einzelnen überlassen. Die Grundlage der Werbeaktion bildet die Aufklärungs- und Werbeschritt, die jeder Haushaltung zugehen soll. Den Auftakt zur Woche bilden Kundgebungen, die am Tage der vier badischen Handwerkskammern am Sonntag, den 15. März, veranstaltet werden. Während der Reichshandwerkswoche sollen auch Lichtbilder- und Filmvorträge aus dem Gebiete des Handwerks stattfinden.

Volksbund

Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Der Landesverband Baden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., hielt kürzlich im Bürger-Saal des Karlsruher Rathauses seine ordentliche Jahresversammlung ab. Zugegen waren: Vertreter des Staates, der Stadt und der Kirchenbehörden. Vom Hauptvorstand hatte sich Kapitän zur See Schulze eingefunden.

Der Landesvorsitzende, Ministerialdirektor Dr. Fuhs, gedachte der inzwischen verstorbenen Mitglieder, Gef. Mat. Frensch, Donauerschiffingen, und Generalarzt a. D. Dr. Mantel, Karlsruhe. Darauf erstattete Geschäftsführer Oberstleutnant a. D. Barrentrapp, den Tätigkeitsbericht. Der Landesverband zählt jetzt 5650 Einzelmitglieder, 200 korporative Mitglieder und rund 1000 Gemeinden. Die Zahl der Ortsgruppen beträgt 39, davon 26 in den Amtsstädten. In den Bezirken Oberlingen und Konstanz sind sämtliche Gemeinden angeschlossen. In Frankreich sind 209 Friedhöfe mit 698 005 Toten zu betreuen. Fertiggestellt sind 75 Friedhöfe, darunter 64 Vaterfriedhöfe, mit insgesamt 384 700 Toten. In Belgien und Serbien finden noch Zusammenlegungen statt. Polen, wo 390 000 Deutsche liegen, lehnt es nach wie vor ab, daß von amtlicher oder privater Seite bei der Gräberfürsorge geholfen wird. In Ausland mit 17 000 toten Deutschen ist so gut wie nichts zu machen. Der Volksbund wird in diesem Jahre einen Kulturfilm herausbringen. Die diesjährige Bundesversammlung wird Anfang Juni in Königsberg i. P. stattfinden.

Herr Schlager erstattete den Kassenericht. Anschließend behandelte der Vorsitzende das Arbeitsprogramm des Landesverbandes. Eine Hauptaufgabe obliegt dem Landesverband im Ausbau des großen Vaterfriedhofes Sennheim, der dieses Jahr durchgeführt werden soll. Kapitän a. S. Schulze regte an, daß sich Ortsgruppen zusammenschließen müßten, um Verpflegungen zu vermeiden. Weiter empfahl er Sammlungen. Eine solche ist inzwischen vom badischen Staatsministerium genehmigt worden. Der Vorstand wurde für 1931/32 einstimmig wiedergewählt. Künftig sollen ordentliche Landesversammlungen aus Ersparnisgründen nur alle zwei Jahre stattfinden.

Tagung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe

Umlagerhöhung der Berufsgenossenschaft — Abbau der sozialen Lasten

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Baden e. V., hielt in Offenburg eine außerordentliche Hauptversammlung ab, die aus allen Teilen des badischen Landes stark besucht war. Architekt und Baumeister, Stadtrat Karl Becker (Baden-Baden), widmete dem im Januar verstorbenen langjährigen Vorsitzenden des Verbandes, Architekt und Baumeister Ludwig Mayer, einen Nachruf und gedachte seiner hiesigen Verdienste um das Baugewerbe und die Arbeiterbewegung.

Von Rechtsanwält Dr. Kallenbach (Karlsruhe), Direktor der Südwestdeutschen Bauergewerkschaftsgenossenschaft, wurden die Verhältnisse dargelegt, durch welche die Umlage in der Berufsgenossenschaft (Reichsunfallversicherung) bedingt wird. Die Berufsgenossenschaft rechnet damit, daß bei ungefähre gleichbleibenden Aufwendungen für die Rentengewährung und starkem Rückgang der Jahreslohnsumme 1930 die Umlage der Berufsgenossenschaft für das abgelaufene Jahr 1930 von bisher 2 Proz. auf ungefähr 3 Proz. erhöht werden muß.

In das Referat schloß sich eine sehr eingehende Aussprache an. Mit der Umlagerhöhung der Berufsgenossenschaft ist für das Baugewerbe eine ebenso harte wie unvorhergesehene Belastung verbunden, zumal der ganze Beitrag von Arbeitgeberseite einseitig aufzubringen ist. Diese Frage hat bereits in erheblichem Umfang die Öffentlichkeit beschäftigt und auch zu einer kurzen Anfrage im badischen Landtag geführt. Es kam zum Ausdruck, daß auch in der Berufsgenossenschaft — Reichsunfallversicherung — eine starke Leistungsbeschränkung durchzuführen müßte, wenn das Chaos vermieden werden sollte. Von den verschiedenen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die gesamte soziale Gesetzgebung in der heutigen Form für unsere schwer bedrängte Wirtschaft unerträglich sei, wenn die notwendigen Änderungen nicht durchgeführt werden.

Syndikus Dr. Ettwein (Freiburg i. Br.), berichtete über die laufenden Kommissionsarbeiten hinsichtlich Stellungnahme zur Landesbauordnung und zu den technischen Vorschriften für Bauleistungen. Im Benehmen mit der Landesgruppe Baden des Bundes deutscher Architekten soll die Aufstellung eines einheitlichen Angebotsformulars angestrebt werden. Anschließend ging Dr. Ettwein auf die Tarife, Lohn- und Gehaltsfragen des badischen Baugewerbes ein.

Aus der badischen Industrie

Annahme eines Angestellten-Schiedspruchs. Der Schiedspruch für die unter den Mannheimer Generalitar fallenden Angestellten wurde von beiden Parteien angenommen. Der Schiedspruch sieht eine Gehaltskürzung um 5 Prozent vor, mit Ausnahme der Gehälter bis zu 100 Reichsmark und der sozialen Zulagen.

Aus der Zigarrenindustrie. Die Firma Kabin, der größte der Zigarrenbetriebe in Obenheim (Amt Bruchsal), hat mit einem Teil der Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen. Man rechnet damit, daß in der nächsten Zeit der Vollbetrieb wieder in Gang kommen kann.

Die Schrauben- und Eisenwarenfabrik Laue in Ogenbach hat das ehemalige Werklingersche Anwesen von der Gemeinde Bergshausen erworben und wird nun ihren Betrieb von Ogenbach nach Bergshausen verlegen.

Keine Ballon-Filiale am See. Wie aus der Schweiz mitgeteilt wird, entbehrt die Meldung, daß die Schiffsfabrik Wally zur Zeit in Konstanz oder Singen Gelände zur Errichtung einer Zweigfabrik zu erwerben suche, jeder Begründung.

Der weithin bekannte sozialdemokratische Parteiveteran und langjährige Abgeordnete des Reichs- und Landtages, Adolf Ged in Offenburg, feierte am Montag seinen 77. Geburtstag.

Gemeindeverordnungen

Um die Heidelberger Schloßwirtschaft. Der Landesverein „Badische Heimat“ hat zur Verlegung der Schloßwirtschaft ein Gutachten erstattet, das sich im wesentlichen mit der feinergeleitigen Stellungnahme des Stadtrats deckt.

Für das ortsanfällige Handwerk. Der Gemeinderat Schwetzingen hat grundsätzlich beschlossen, Lieferungen an die Stadt oder an Dritte aus städtischen Mitteln möglichst Ortsanfälligen vorzuziehen, die zur Gemeindesteuer veranlagt sind.

Um die Heag-Strecke Busenbach—Ittersbach. Die an der Bahn Ittersbach—Busenbach interessierten Gemeinden berieten mit der Verkehrsgemeinschaft Albtal die Mittel und Wege, um die Aufrechterhaltung der genannten Strecke zu ermöglichen, nachdem die Stadt Forzheim die Strecke bis Ittersbach übernimmt. Die Gemeinden sind, der „Bad. Presse“ zufolge, zu erträglichen Beiträgen bereit. Außerdem sollen die Städte Karlsruhe und Ettlingen sowie der Kreis Karlsruhe zur Finanzierung beitragen.

Zukunftspolizeiprojekt des Verkehrsvereins. In einer Ausschusssitzung des Verkehrsvereins hielt am Samstagabend Bürgermeister Dr. Luthmer ein ausführliches Referat über die Zukunftspolizeiprojekte, die die Stadtverwaltung in den nächsten Jahren beschließen werden. Das sind neben dem großen Projekt der Einzigverlegung das zur Zeit schon begonnen wird, auch der Bau eines neuen Hauptbahnhofes mit großem Güterbahnhof, der Bau eines Grenzpolizeihofes, die Höherlegung der Rheinbrücken und der dadurch notwendigen Straßenerweiterungen und die augenblicklich aktuelle Frage der Errichtung eines Strandbades. Durch die Verbesserung des alten Rheinbades ist die Errichtung eines neuen Rheinbades oder eines Strandbades erforderlich. Die Stadtverwaltung hat sich für das Projekt eines Strandbades am ehemaligen Pionier-Wasserübungsplatz entschieden, das einen Aufwand von rund 130 000 Reichsmark fordern würde, und zur Beschäftigung der Ausgesteuerten empfohlen wird. Die Vorlage soll baldigst dem Gemeinderat beschließen.

Staatsanzeiger

Strafenverbreiterung in Schonach, hier Antrag der Gemeinde Schonach auf Enteignung des Grundstücks Lsg. Nr. 67/1 auf Gemarkung Schonach der Hofkate Ketterer Witwe in Schonach

Das Badische Staatsministerium hat unterm 2. Februar 1931 Nr. 889 gemäß §§ 1 und 31 des Enteignungsgesetzes folgende Entschliebung getroffen:

Die Eigentümerin des Grundstücks Lsg. Nr. 67 der Gemarkung Schonach, Gewann Dorf, ist verpflichtet, von diesem Grundstück zum Zwecke der Verbreiterung der Ortstraße am Sommerberg ein Teilstück im benötigten Ausmaß von ungefähr 109 qm nach vorgängiger Entschliebung an die Gemeinde Schonach abzutreten.

Karlsruhe, den 9. Februar 1931.

Der Minister des Innern

H. Wittmann.

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden im Rechnungsjahr 1930 bis Ende Dezember 1930 (Beträge in Tausend Reichsmark)

A. Ordentlicher Haushalt.

	Jahresfall (Gehaltsjahr)		Abweichungsergebnis bis Ende Dezember 1930
	1	2	

I. Einnahmen:			
1. Steuern (nach Abzug der Überweisungen an die Gemeinden und Kreise)	142 355	105 622	
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe (nach Abzug von Zuschüssen)	6 783	4 768	
3. Sonstige Einnahmen:			
a) Zucht	15 640	11 022	
b) Unterrichtsweesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	22 897	16 376	
c) übrige Landesverwaltung	61 960	26 374	
Einnahmen insgesamt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	239 635	164 382	

II. Ausgaben:			
1. Zucht	22 669	16 718	
2. Unterrichtsweesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	88 687	65 568	
3. Wohnungswesen	5 900	3 207	
4. Abzugsgelbe und Hinterbliebenenversorgung	24 822	18 880	
5. Sonstige Ausgaben	91 322	68 962	
Ausgaben insgesamt	233 399	163 335	
Einnahmen insgesamt	239 635	164 382	
Wahrscheinliche Mehrausgabe	—	—	
Mehreinnahme	6 005	1 047	

B. Außerordentlicher Haushalt.

I. Einnahmen:			
a) Finanzgesetz, Anteilnahme für das Wohnungswesen	26 982		
b) Reich- und Administrativbeiträge	6 712		
Insgesamt	33 694**	38 125	

II. Ausgaben:			
1. Verkehrsweesen	885	323	
2. Wohnungswesen	18 000	10 069	
3. Sonstige Ausgaben der Hochverwaltungen	19 654	7 673	
4. Zuschüsse für Unternehmungen und Betriebe	195	425	
5. Reich- und Administrativbeiträge	13 429**	*)	
Ausgaben insgesamt	52 063	17 920	
Einnahmen insgesamt	33 694	38 125	
Wahrscheinliche Mehrausgabe	18 369	4 795	

Abgleich

A. Ordentlicher Haushalt. 1 047

B. Außerordentlicher Haushalt. 4 795

Mehrausgabe bis Ende Dezember 1930

*) Die Abgleichsresultate sind in den Biffen 1 und 2 mitzuzahlen.

**) Zugang zulogge Neubewilligter Administrativbeiträge und zwar

in der Einnahme 860 000

in der Ausgabe 1 120 000

Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Verlauf und die teils vorzuziehende Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zuverlässige Schlußfolgerungen auf den Abgleich der Hauptkontenrechnung auf Ende des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan aus obiger Darstellung nicht ziehen.

Karlsruhe, den 2. Februar 1931.

Der Minister der Finanzen.

Dr. Schmidt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Februar		9. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.70	169.04	168.70	169.12
Kopenhagen 100 Kr.	112.43	112.66	112.47	112.69
Italien . . . 100 L.	21.99	22.03	22.005	22.045
London . . . 1 Pf.	20.426	20.466	20.433	20.473
New York 1 D.	4.2010	4.2090	4.2015	4.2095
Paris . . . 100 Fr.	16.474	16.515	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	81.146	81.305	81.17	81.33
Wien 100 Schilling	59.00	59.12	59.03	59.15
Prag . . . 100 Kr.	12.431	12.51	12.433	12.453

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Februar 1931 hat sich in der verfloßenen Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 299,2 Millionen auf 4084,2 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 40,5 Millionen auf 400,0 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 1,1 Millionen auf 2442,5 Millionen Reichsmark ermäßigt. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 51,2 Prozent in der Vorwoche auf 54,9 Proz., diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 55,7 Prozent auf 59,8 Prozent.

Insolvenz Meier & Co. Die Vierteilgroßhandlung Meier & Co. in Bruchsal hat ihre Zahlungen eingestellt. Es wurde ein schiedsgerichtliches Verfahren eingeleitet. Es ist unklar, wie hoch die Entschädigung ausfällt und wann der Betrieb wieder aufgenommen werden wird. Die Firma beantragt zunächst ein Moratorium von 6 Monaten und, um gegen das Vorgehen einzelner Gläubiger gesichert zu sein, die Einleitung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz. Der Aufsichtsrat der Landesbank für Haus- und Grundbesitz G.m.b.H. in Karlsruhe, mit Zweigstellen in Mannheim, Forstheim, Freiburg und Nebl, beschloß, aus dem Reingewinn von 83 000 Reichsmark (im Vorjahr 90 000 Reichsmark) eine Dividende von 9 Prozent (10 Prozent i. V.) zur Verteilung zu bringen. Die Generalversammlung soll im März stattfinden.

Die Normung auf der Leipziger Messe. Der Deutsche Normenausschuß, als Zentralstelle der gesamten deutschen Normungsarbeiten, ist auch zur diesjährigen Frühjahrsmesse wieder vertreten. Auf dem Stand 100 in Halle 9 werden sowohl Auskunft über die Normung erteilt, als auch Druckschriften abgegeben und Bestellungen auf Normblätter angenommen. Eine vollständige Normblattsammlung, die zur Zeit etwa 4600 Normblätter umfaßt, liegt zur Ansicht aus. Außerdem wird ein weiterer Stand in Halle 8 eingerichtet, an dem speziell über die Normungsarbeiten in der Textilindustrie und im Textilmaschinenbau Auskunft erteilt wird.

Verordnende Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz über Transportfrachten. In Kürze werden auch in Deutschland und der Schweiz Verhandlungen aufgenommen über die Frage der Transportfrachten sowohl bei der Eisenbahn wie bei der Reichsschiffahrt. Die Delegierten für diese Verhandlungen sind am Freitag von beiden Seiten bestimmt worden.

Badische Bank.

Die Aktionäre werden hiermit zu der am Samstag, den 14. März 1931, 12 Uhr mittags in unserem Bankgebäude in Mannheim stattfindenden 61. ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1930 nebst Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 1930 sowie die Entlastung des Aufsichtsrates und Vorstandes.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Die Ausübung des Stimmrechts in der Generalversammlung ist davon abhängig, daß die Aktionäre spätestens am dritten Werktag vor der Generalversammlung, also am 11. März 1931, bei der Gesellschaft oder ihrer Zweigniederlassung oder bei den in dieser Bekanntmachung bezeichneten Stellen ihre Teilnahme anmelden und die Aktien hinterlegen, oder die Bescheinigung eines Notars über die bei ihm erfolgte und bis nach Abhaltung der Generalversammlung dauernde Hinterlegung der Aktien einreichen.

Hierüber wird den Aktionären von der Anmeldestelle eine Bescheinigung ausgestellt, die zum Nachweis des Stimmrechts in der Generalversammlung vorzuweisen ist.

Die Anmeldung kann erfolgen: in Mannheim bei der Badischen Bank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Mannheim, in Karlsruhe bei der Badischen Bank, in Berlin bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft und der Bank des Berliner Rassenvereins, in Frankfurt bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt.

Mannheim, den 7. Februar 1931. R. 969
Der Vorstand.

Arbeitsvergebung.

Für den Neubau der Universität Heidelberg sollen die Beleuchtungskörper für die Hörsäle, die Schlosser- (Gelder und Gitter) und Malerarbeiten in öffentlicher Submission vergeben werden. Die Arbeitsbeschreibungen hierfür können ab Mittwoch, den 11. d. M. bei dem Unterzeichneten gegen Erstattung folgender Beträge erhoben werden:

- Beleuchtungskörper 2,20 RM.
- Schlosserarbeiten —,80 RM.
- Malerarbeiten —,60 RM.

Etwa gewünschte Gitterzeichnungen werden besonders berechnet. Vergebung nach auswärtig nur gegen Vorweisung des Betrages

Aus der Landeshauptstadt

Die Viehzählung in Karlsruhe. Der Viehbestand, der sich bei der Zehnjährigen Viehzählung in Karlsruhe ergab, bestand aus 870 Pferden, 1183 Stück Rindvieh (ohne Schlachthofauftrieb 1001), 2692 Schweinen (ohne Schlachthofauftrieb 1392), 199 Schafen, 912 Ziegen, 44 286 Stück Federvieh, 1020 Wienerböllern und 8645 Hunden. Zum ersten Male war die Feststellung der Zahl der Silberfüße in Edelpelztierfarmen vorgeschrieben, für Karlsruhe aber ohne positives Ergebnis. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß in Karlsruhe bei einem Haushaltsbedarf von rund 20 Millionen Eiern im Jahre etwa 6 Millionen durch eigene Erzeugung gedeckt werden können. Der Verkaufsmert der karlsruher Eigenproduktion an Eiern dürfte sich nach dem jetzigen Stande pro Jahr auf 7—800 000 Reichsmark beziffern. Die Zahl der Haushaltungen, welche Vieh besitzen, hat sich um 123 auf 2929 verringert.

Alle Zigarettenbänder bis 1. März. Auf Antrag der Tabak-Groß- und Kleinhandl. hat das Reichsfinanzministerium den Schlußtermin für den Verkauf von Zigaretten mit alten Bänderrollen vom 15. Februar auf den 1. März verschoben. — Vom 28. Februar ab dürfen ferner Zigaretten nicht mehr einzeln, sondern nur noch in Packungen verkauft werden. Die kleinste Packung muß mindestens 9 Stück zählen.

Vera Schwarz und Busard in der großen Festhalle. Zu der am 12. d. M. in der großen Festhalle stattfindenden Wohltätigkeitsakademie ist es Direktor Norden gelungen, Frau Vera Schwarz für ein einmaliges Auftreten zugunsten der karlsruher Notgemeinschaft zu gewinnen. Sie hat dabei so überaus großes Entgegenkommen gezeigt, daß man ihr hierfür heute schon zu Dank verpflichtet ist. Besondere Bedeutung wird dieser Abend dadurch gewinnen, daß auch Kammerfänger Hans Busard seine Mitwirkung an diesem Abend zugesagt hat. Außer den bereits schon genannten Mitwirkenden, Kammerfänger Benno Ziegler, Konzertmeister Reischer, Fräulein Marthe Krüger und Wladislaw Karnicki, ist es gelungen, für diesen Abend die ebenfalls so überaus beliebte und bekannte Staatschauspielerin Margarete Slezak zu gewinnen. Auch wird Direktor Hans Haus, der in ganz Deutschland bestbekannteste Litz-Spieler, die musikalische Begleitung der Obengenannten übernehmen und selbst die 6. Kapodie von Liszt zum Vortrag bringen. Durch das besondere Entgegenkommen aller der vorhergenannten Künstler ist es möglich gewesen, der wirtschaftlichen Lage Rechnung zu tragen und die Eintrittspreise so minimal zu gestalten, daß es selbst den Ärmsten unserer Bevölkerung möglich ist, dieses seltene Ereignis zu besuchen. Der Vorverkauf, der bereits rege eingeleitet hat, findet statt bei: Musikalienhandlung Müller, Kaiserstraße, Geschäftsstelle des Verkehrsvereins, Ritterstraße, Zigarrenhaus Köpper, Ruppurrer Straße, Holz, Zigarrenhaus, Karlstraße 64.

Colosseumtheater. — Gastspiel Margarete Slezak, Harry Bayer vom Theater an der Wien. Am 16. Februar findet die Erstaufführung der musikalischen Komödie „Biermal Ehe“ von Kurt Bräuer und Hugo Wiener, Musik von Dr. Egon Neumann statt. Eine lustige Sache, in welcher die Strolche teilweise neue Wege gehen. Die humorvolle Szenenreihe ähnelt in ihrer Struktur etwa dem Singpiel „Wie einst im Mai“, nur daß dieses die Vergangenheit verläßt, während „Biermal Ehe“ die Zukunft persifliert. Die Musik Dr. Egon Neumanns bringt eine Anzahl neuer Schlager, die in kürzester Zeit überall zu hören sein werden. Margarete Slezak, der Star dieser Komödie, hat von ihrem Vater, Kammerfänger Leo Slezak, die herrliche Stimme, das Temperament und die

chauspielerischen Mittel geerbt und versteht es, davon gut Gebrauch zu machen. Die Künstlerin war im vorigen Spieljahr in Amerika, wo sie mit großem Erfolg in den verschiedenen Operetten und Opern, darunter auch in „Biermal Ehe“, unter der künstlerischen Leitung Harry Bayers auftrat. Das oben genannte Stück ist Margarete Slezak sozusagen auf den Leib geschrieben; sie hat Gelegenheit, alle ihre reichen Künste zu zeigen, sie charakterisiert mit größtem Geschick die vier Vertreterinnen des ewig weiblichen, deutsch, französisch, englisch und spanisch. Außerdem ist sie eine hervorragende Geigenkünstlerin, die sich in jedem Konzertsaal hören lassen kann. Sie studierte Geige bei Sevcik und Josef Hochmann, der Lehrerin der Grifa Morini. Man sieht diesem interessanten Schauspiel gespannt entgegen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Während in unserem Gebiet das vorwiegend heitere Frostwetter noch angehalten hat, ist in Frankreich unter dem Einflusse einer atlantischen Zykone bereits ein Wetterumschlag erfolgt. Die Warmluftmassen der neuen Störung werden auch uns erfassen und bei aufsteigenden Südwestwinden Trübung und Erwärmung mit Schneefällen bringen, die in tiefen Lagen später in Regen übergehen werden. Voraussage: Milder, meist wolfig, zeitweise Niederschläge, in der Ebene meist als Regen, aufsteigende Südwestwinde. Wasserstände: Waldsüt 208 —15, Badel 20 —1, Schutterinsel 72 —5, Nebl 222 —6, Ragau 401 —7, Mannheim 810 —12, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Baden-Baden, 9. Febr. Das hiesige Sanatorium „Alteufhaus“, Leiter und Besitzer Dr. Benno Gahn und Dr. v. Noorden, hat sich der neugegründeten „Gesellschaft klinisch geleiteter Sanatorien und Anstalten (Klija)“, mit dem Sitz in Frankfurt a. M., angeschlossen, die es als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet, speziell klinische Behandlungen und Kuren auch solcher Patienten zu ermöglichen, die unter den heutigen Verhältnissen dazu nicht mehr so leicht in der Lage sind. Die bisherigen Leiter des Sanatoriums „Alteufhaus“ bleiben weiterhin als Chefarzte tätig und sind nur von den Verwaltungsarbeiten befreit.

Bad. Freiburg i. Br., 9. Febr. Wie bekannt, mußte der auf 28. Januar angelegte Verhandlungsbeginn in dem Strafprozess gegen die beiden Inhaber des Freiburger Bankhauses Bürkle & Co. betagt werden. Man hat jetzt einen neuen Termin für den Beginn der Hauptverhandlung bestimmt, und zwar auf Dienstag, 24. Februar. Die am Erscheinen verhinderten Zeugen werden, um einer übermäßigen Vertagung vorzubeugen, kommissarisch vernommen. Die Abwägung des Prozesses nimmt voraussichtlich mindestens eine Woche in Anspruch.

Bad. Badisch-Rheinfelden, 9. Febr. Der bekannte Buchdruckerbesitzer und Zeitungsverleger Peter Krausfeld ist für die Kreise Waldsüt, Willingen und Konstanz von der 64. Vollversammlung der Handwerkskammer Konstanz zum Mitglied des Landeselisenbahnrats gewählt worden.

Bad. Speyer, 9. Febr. Wohl im Zusammenhang mit der Affäre der Heidelberger Wohnungsgesellschaft ist der Superior der „Amen Schulfachern“ in Speyer, Dr. Schäfer, vom Bischof Sebastian von seinem Posten abberufen worden. Auch die Priorin wurde durch den Orden abgelöst.

Die Pläne können auf meinem Büro, Karlsruhe, Amalienstr. 69, in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr bis zum 14. d. M. eingesehen werden, woselbst auch Auskunft erteilt wird.

Die Angebote sind mit entsprechender Aufschrift bis zum 18. Februar 1931, vormittags 9 Uhr, an den Unterzeichneten zu richten. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Karlsruhe, den 10. Februar 1931. R. 968
Amalienstr. 69.

Die Bauleitung:
E. S. Gutmann.

Schotter- u. Gruslieferung

Wir vergeben im öffentlichen Wettbewerb die Lieferung von Feinschotter aus Hartgestein, gewaschenem Grus und Feinkies zum Zeeren sowie von Gehweggrus für die Landstraßen unseres Bezirkes.

Die Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer in Karlsruhe, Stephanienstraße 51, zur Einsicht aus, wo auch Angebotsvordrucke erhältlich sind.

Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Schotter- und Gruslieferung“ postfrei bis Donnerstag, den 19. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, an uns einzureichen. R. 285

Zuschlagsfrist 4 Wochen. Karlsruhe, 9. Febr. 1931.

Wasser- und Straßenbauamt.

A. 441. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Wiltmannsstraße 102, wurde, nach erfolgter Bestätigung des Vergleichs vom 30. Januar 1931, aufgehoben. Die für den Schuldner bei Eröffnung des Verfahrens angeordnete Verfügungsbeschränkung verliert für die Zukunft ihre Kraft. Karlsruhe, den 6. Febr. 1931.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 4.

A. 442. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma

Freihändiger Nadelholzverkauf

Forstamt Freiburg (staatl.) Donnerstag, den 19. Februar 1931, 1800 m Nadelstammholz. Losverzeichnis durch das Forstamt (Fernruf 1419). R. 284

Für die Fortführung der Reichsbahn von Bad. Peterstal nach Griesbach (Profil 92+10 bis Profil 107+10) sind Unterbauarbeiten öffentlich zu vergeben.

ben: Erd- und Felsbelegung 38 000 m², Berebnen 36 000 m², Böschungsbau 15 000 m², Straßens- und Kampenbefestigungen 4 000 m² und sonstige zugehörige Arbeiten. Verbindungsunterbau beim Neubaudamm Oppenau einzulassen; hier auch Leistungsberechnungen samt Bef. Bedingungen, solange Vorrat, ebenfalls. Abgabe nach auswärtig gegen Vorweisung von 1,50 RM bar an das Amt; keine Briefmarken. Keine Abgabe von Zeichnungen. Angebote verschlossen mit Aufschrift: „Angebot Unterbau“ und postfrei spätestens bis 2. März 1931, vorm. 11 Uhr, zur Eröffnungszeit, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist: 4 Wochen. Führung über die Baustelle Dienstags u. Freitags, 13 Uhr, ab Bahnhof Bad. Peterstal, nach Anmeldung. R. 286

Reichsbahn-Neubauamt Oppenau.

Öffentl. Städt. Sparkasse Zell a. H.

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen RM		Verbindlichkeiten RM	
1. Kassenbestand	12 722,04	1. Spareinlagen	1 747 444,71
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postämtern	82 827,78	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	84 028,41
3. Wechsel	49 243,16	3. Anleihen und andere Schulden	1 200,—
4. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	605 968,12	4. Rücklagen für gesetzlich. Reservefonds	85 066,58
5. Darlehen a. Hypotheken	760 302,50	5. Reingewinn vom Jahre 1930	19 196,51
6. Darlehen an Gemeinden	284 636,80	6. Aufwertungs-spareinlagen	406 444,31
7. Einlage beim Spargitarverband	47 600,—		
8. Grundstückskaufgelder	31 115,—		
9. Darlehen a. Schuldschein	93 321,42		
10. Einnahmerückstände	7 640,64		
11. Grundstücke u. Gebäude	1,—		
12. Gerätschaften	1,—		
13. Aufwertungsforforderung	268 766,15		
14. Aufwertungsverrechnungsfondo	99 234,86		
	2 343 380,47		2 343 380,47

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 822 262,61 RM = 145 781,— RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 104 263,04 RM
Somit weniger . . . = 41 517,96 RM

Zell a. H., den 30. Januar 1931. R. 284
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: J. S. Schwab. Der Geschäftsleiter: Buch.